

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Verhauert Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Wegungspreis: Monatlich 3000 Mark. Einzelne Nummern 80 Mark.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21296 — Schriftleitung Nr. 14674.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigung: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anklamungsstelle 300 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 600 M., unter Eingangszeit 800 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsangelegen.
Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.



Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Jahrbücher der Verwaltung der Staatsschulen und der Landeskultur- und Landwirtschaftsbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Versicherungsanstalt, Verzeichnisse von Holzplantagen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 46

Freitag, 23. Februar

1923

Die warnende Stimme Lord Cecil's.

Die Anrührbesetzung eine unmittelbare Gefahr.

London, 22. Februar.
Robert Cecil, der Vorsitzende des Völkerbundsausschusses der Völkerbundvereinigung, veröffentlicht eine Mitteilung, worin die gewaltmäßige Besetzung deutscher Gebiete als eine extreme unmittelbare Gefahr des Friedens und der wirtschaftlichen Wohlfahrt unter den Völkern hervorgehoben und der Wunsch geäußert wird, internationale Fragen, deren Mittelpunkt die Reparationsfrage sei, baldmöglichst dem Völkerbund vorzulegen.

Italien dankt bestens.

Energische Ablehnung eines italienisch-französischen Bündnisses.
Rom, 22. Februar.

Die vom Messagero begonnene und von „Iden Nazionale“ unterstützte Kampagne für ein italienisch-französisches Bündnis ist hierher zurückgeführt worden. „Iden Nazionale“ lehnt den Vorschlag ab. „Iden Nazionale“ meint, Italien gehe nicht die Handlung aller Nationen an und brauche sich daher nicht unter den Projekturen irgendeiner Nation zu begeben. „Iden Nazionale“ erklärt, Frankreich wolle Italien die Kolonien überlassen, die zur Ehre Frankreichs arbeite, zu geben.

Rom, 22. Februar.

„Corriere della Sera“ nimmt heute zum erstenmal Stellung zu dem Ruhrproblem. Das Blatt findet die Haltung Italiens unklar und unheimlich, die daher auch nur vorübergehend sein könne. Es müsse sich Italien entscheiden. An der rheinischen Frage seien alle europäischen Nationen unmittelbar interessiert. Die hauptsächlichsten Interessen der europäischen Völker müssten unmittelbar noch länger unzulängliche Aufmerksamkeit in dem deutsch-französischen Konflikt bleiben. Das Blatt wünscht, daß Italien engere Beziehungen mit England und solchen europäischen Mächten nehme, die den Frieden retten wollten.

Der Anschlag gegen die Zollverwaltung.

Sie wollen die Wirtschaftseinheit des Reiches zerstören.

Berlin, 22. Februar.

Frankreich und Belgien versuchen, im allbesetzten Gebiet die im Einbruchgesetz dem Völkern wieder durch gewalttätige Zugriffe deutsche Steuermaßnahmen an sich zu reißen. Zu diesem Zweck besetzen sie die Rassen der deutschen Zollämter, entfernen die deutschen Beamten aus ihren Amtsräumen und fordern Steuerzahlungen. Die Rassen, die sich in freier Gewalt befinden, sind nicht mehr die Beamten des Reiches. Deutsche Steuern können aber rechtswirksam nur an das Reich gezahlt werden. Es ist verboten, sie an Frankreich oder Belgien zu zahlen. Die Zahlung an Frankreich oder Belgien befreit den Steuerpflichtigen von seiner Steuerpflicht. Wer nicht den Schwank der Einkunftssteuer für den nächsten und rechtlichen Schritt entgegenunterstützen und wer sich selbst vor demselben durch den Nichterfüllung der Steuerpflichten zu halten will, muß daher seine Zahlungen an das Reich leisten.
Der Reichsminister der Finanzen veröffentlicht folgende Kundgebung an die Angehörigen der Reichszollverwaltung im besetzten und im Einbruchgebiet: Die internationale Rheinlands-Kommission hat schon beschließen, sämtliche deutschen Zollbeamten im besetzten und im Einbruch-

gebiete ihres Amtes zu entziehen, die Dienststellen der Reichsverwaltung aufzuheben. Die Franzosen und Belgier wollen gegen Rechte, die ihre Pflicht gegenüber der deutschen Regierung erfüllen, mit den schärfsten Strafmitteln vorgehen. Sie versuchen, die deutsche Zollverwaltung im Westen des Reiches zu zerstören, und hoffen, auf diese Weise einen entscheidenden Schlag gegen die Wirtschaftseinheit des Deutschen Reiches zu führen. Diese neue Gewalttat ist nicht anders als das Eingeständnis, daß alle bisherigen Versuche, die Angehörigen der Zollverwaltung zum Bruch ihrer Pflicht zu verführen, gescheitert sind. Ich bin überzeugt, daß die Zollbeamten und Angestellten aller Dienstgrade gegenüber diesem neuen Gewaltakt mit der gleichen Festigkeit und Ausdauer im Widerstand beharren werden, den sie ebenso wie die übrigen Teile der Bevölkerung bisher bewiesen haben.

Den Zollbeamten, die in unangenehmer Ausübung auf ihren Posten den Bestand des Reiches und die deutsche Wirtschaft verteidigen, ist der höchste Dank des deutschen Volkes gesagt. Sie können sicher sein, daß die Reichsfinanzverwaltung für sie und ihre Angehörigen einsehen und ihnen alle Erleichterungen voll erweisen wird.

Die Franzosen und Belgier haben im Laufe des letzten Tages wieder eine Reihe von Hauptpostämtern, Zollämtern und Sachverständigen militärisch besetzt, die in den Ämtern arbeitenden Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung gemäßigtem Verhalten und dem Einfluß Bedrückenden mit Waffengewalt den Eintritt verweigern. Es wurden besetzt die Hauptzollämter in Krefeld und Kaldenitzchen mit fast sämtlichen nachgeordneten Zollämtern, ferner die Hauptzollämter Emmrich-Cuwer, Cleve, Ludwigshafen, Landau, Kaiserslautern, Eiser-Wälderbrücke und Eiser-Johanniter sowie die Zollämter Wasserbilligbrück, Eghemacherbrück, Pöden, Frankenthal, Worch, Zweibrücken, Kapfeneich, Bochum und fast alle Zollämter des Bezirkes Ruhr. Eine ganze Anzahl Zollbeamten wurde verhaftet. Die Zahl der Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung, die Gewaltmaßnahmen der Belgier und Franzosen haben erdulden müssen, ist auf 187 gestiegen. Hier von wurden ohne Beurteilung ausgewiesen 134, nach Beurteilung 16 und 37 sind noch in Gefängnis. Die Gesamtzahl der Ausgewiesenen erhöht sich vornehmlich dadurch, daß in den meisten Fällen die Familien mit ausgewiesen worden sind.

Eine Denkschrift über die Rechtswidrigkeit der Sanktionsmaßnahmen.

Berlin, 22. Februar.

Die Reichsregierung hat den Regierungen aller Signatarstaaten des Vertrages von Versailles, außer Frankreich und Belgien, eine Denkschrift über die Rechtswidrigkeit der französischen und belgischen Sanktionsmaßnahmen mitgeteilt.

In der Denkschrift werden die durch das französisch-belgische Vorgehen aufgeworfenen grundsätzlichen Rechtsfragen einer genauen Prüfung unterworfen. Die in den verschiedenen deutschen Protestnoten bereits festgestellte Rechts- und Vertragswidrigkeit des Vorgehens wird an Hand der Bestimmungen des Vertrages von Versailles, des Rheinlands-Kommens und der allgemeinen Regeln des Völkerrechts im einzelnen nachgewiesen. Von besonderem Interesse ist dabei, daß sich die Denkschrift bei der Erörterung der von den Franzosen und Belgiern im Ruhrgebiet nach dem Einmarsch getroffenen Maßnahmen auf ein im Jahre 1915 erdichtenes grundlegendes französisches Werk (Robin „Des occupations militaires en dehors des occupations de guerre“, Paris, 1915) stützen kann. Die Ausführungen dieses Werkes bezeichnen die denkbare schärfste Beurteilung des Verhaltens der Franzosen und belgischen Besatzungsbehörden.

Die Denkschrift wird auch den Regierungen der Nicht-Signatarstaaten des Vertrages von Versailles zur Kenntnis gebracht.

Die Reichsregierung verbietet die Befolgung der Verordnungen der Rheinlands-Kommission.

Berlin, 22. Februar.

Die Internationalisierte Rheinlands-Kommission und die Besatzungsbehörden haben ein ganzes System von Verordnungen erlassen, die das Wirtschaftselben im besetzten Gebiet und im Einbruchgebiet erschöpfen und gleichzeitig Zahlungen erpressen sollen. Diese Verordnungen hat die Reichsregierung der Kohle, der Eisen, der Zölle, der Ausfuhrabgabe, der Devisen usw. sowie die Anhebung der Ein- und Ausfuhr. Diese Verordnungen sind völkerrechtlich nichtig und rechtsunzulässig, ihre Befolgung ist verboten. Wer sich den Verordnungen unterwirft, macht sich zum Helfer der gegnerischen Gewaltpolitik. Jede Zoll- und Steuerzahlung, jede Devise, jede Ausfuhrabgabe, die den Regeln der internationalen Organe zufließt, jeder Antrag, der bei einer solchen Behörde auf Grund jener Verordnungen gestellt wird, bedeutet ein Verbrechen am deutschen Vaterlande. Wer von den Gegnern beschuldigt wird, der dem Reich treu bleibt, wird nicht verurteilt, wird vielmehr wegen Hehlerei bestraft und hat außerdem dem rechtmäßigen Eigentümer Schadenersatz zu leisten. Wer mit den gegnerischen Behörden und Stellen in Verbindung tritt, liefert den Gegnern Material für Handlungswahlungen in die Hände. Ein solches Verhalten ist Landesverrat. Die Reichsregierung verbietet daher hiermit ausdrücklich jede Befolgung dieser Anordnungen.

Die Anhebung der Preise.

Berlin, 22. Februar.

Zu den Mitteln der Besatzungsbehörden, der deutschen Bevölkerung die „friedliche Aktion“ schmerzhaft zu machen, gehört auch die von den Franzosen bei ihrem Einmarsch ins Ruhrgebiet festerlich versprochene Aufrechterhaltung der „Preisfreiheit“. Wie die Bedingungen dieses Grundrechts der Deutschen, die in der Reichsverfassung gewährleistete Preisfreiheit, „schön“, geht daraus hervor, daß sie in der Zeit vom 15. Januar bis zum 15. Februar 95 Zeitungen in irgendeiner Weise darin gehindert haben, ihre Meinung zu äußern oder wenn sie es doch taten, dafür durch Verbote bestraft haben. Von diesen 95 Zeitungen gehören 14 der sozialdemokratischen Partei, 30 dem Zentrum, 23 den Reichsparteien und 8 der demokratischen Partei. 20 der besetzten Blätter waren keiner politischen Partei dienlich.

Blutvergießen in Bochum.

Bochum, 22. Februar.

Die Franzosen besetzten heute, am Donnerstag, mittags, das Amtsgericht in Bochum. Ein der Weges kommendes junges Mädchen wurde von den Posten in roher Weise unter Verwendung von Gewehrfeuer vom Bürgersteig getrieben. Mehrere Posten, die das Drohgefühl hatten, brachten ihre Anwesenheit hierher durch Pfändung zum Ausdruck. Hier auf schossen die Posten ohne weiteres in die Menge. Auf der Stelle blutete durch Beschuss der Arbeiter Robert Hof tot. Schwerverletzt wurde durch einen Pfeerschuß ein Wachhunde und durch einen Oberschenkelbeschuss ein Oberstaatsanwalt.

Bei der vorgezogenen Umschichtung von 46000 französischen 28 Lokomotiven, 20 Packwagen, 167 beladene Kohlenwagen, 75 leere offene Wagen, 11 Personenzüge und 2 Schlafwagen in die Hände gefallen, die über Weimar nach Dahlen zu fortgeschickt wurden. Infolge des kalten Wetters sind die Besatzungsgruppen sehr darauf aus, Kohlen für ihre Quartiere zu erhalten. Da sie von den Bochem nichts bekommen, beschlagnahmen sie schon die durch die Stadt fahrenden Kohlenwagen.

Schwarze Franzosen.

Berlin, 22. Februar.

Heute wurden im hiesigen Postamt sämtliche Ausgänge von schwarzen Franzosen besetzt. Postdirektor Winter wurde wegen angeblicher Sabotage an einer von den Franzosen beschlagnahmten Fernsprechleitung verhaftet und nach Verderey gebracht. Nach einer Meldung der „Deutschen Arbeiterzeitung“ verurteilte das Militärgericht in Neudammhausen den Bürgermeister Dr. Südtamp aus Derno zu 6 Monaten Gefängnis und 200 000 M. Geldstrafe.

Ein Tagelohn von 60 000 M.

Berlin, 22. Februar.

Die Straße Neuh-Dünen ist von französischem Personal besetzt worden. In Düsseldorf sollen, wie den Zeitungen mitgeteilt wird, Arbeitslose zu einem Tagelohn von 60 000 M. sich als Erz- und Bergarbeiter haben anwerben lassen, darunter sollen Belgier sein, die in Berlin von französischen Agenten angeworben worden sind. Maßnahmen gegen diese Zustände sind getroffen. In Mofelweil ist die Stationsklasse mit einer Summe von über 100 000 M., die zu Lohnzahlungen bestimmt waren, weggenommen worden. Der Oberbürgermeister von Geislarth ist freigelassen worden.

Zugzusammenstoß.

Essen, 22. Februar.

Bei einem am 10. Februar auf dem Bahnhof Dalhausen erfolgten Zusammenstoß zweier von den Franzosen geleiteter Personenzüge wurden fünf Personen getötet und 8 bis 10 schwer verletzt. Heute morgen 4 Uhr erfolgte an derselben Stelle ein erneuter Unfall, wobei zwei Personen getötet wurden.

Delcassé †.

Paris, 22. Februar.

Der frühere Minister des Auswärtigen Delcassé ist plötzlich gestorben. Der französische Ministerpräsident hat in dem am 22. Februar in Nizza verstorbenen früheren Minister des Auswärtigen, Adolphe Delcassé, einen seiner würdevollen Mitarbeiter und Genossen verloren. Wenn einmal die französischen und englischen Archive geöffnet sein werden und wenn eine unbescholtene, wahrheitsliebende Geschichtsschreibung die Schuldigen des blutigen, menschenverderblichen Weltkrieges feststellen wird, dann werden in erster Linie die Namen Delcassé und Poincaré genannt werden. Es war gewiß nicht sein eigenes Verdict, wenn Delcassé verhindert worden ist, schon im Jahre 1905 den Weltkrieg zu entfehlen.

In den sieben Jahren, in denen er das französische Ministerium des Auswärtigen verwaltete, hatte er alles getan, um den deutsch-französischen Gegensatz nach Kräften zu verschärfen und um durch schematische Einkreisung Deutschlands den großen Weltkonflikt hervorzubringen, der Frankreich die Revanche für 1870 und die politische und militärische Vorherrschaft auf dem Kontinent verschaffen sollte. Aber Frankreich war 1905 noch nicht bereit, die Reife, die Deutschland um den Hals geworfen werden sollte, noch nicht lädenlos geschleusen. Obwohl Delcassé, an dessen Namen sich für das französische Volk die Erinnerung an die große diplomatische Niederlage von Fachoda knüpfte, erst Russland, dann Italien und zuletzt auch England, dessen König Eduard VII. ihm bei seinem Besuch in Paris seine Hilfe gegen Deutschland in Aussicht gestellt hatte, für den Revanchekrieg gegen Deutschland gewonnen hatte, wurde er in dem Augenblick gestürzt, als er das Streichholz anzulegen wollte, um den europäischen Frieden zu zerstören.

Aber durch diesen Sturz ließ er sich so wenig wie sein Freund und Helfer Poincaré an der Fortsetzung seiner politischen Brandstiftungstätigkeit abhalten. Als war er ein Minister reorganisierte er die französische Kriegsmarine, um dann, nachdem Poincaré Minister